

Protokoll der Mitgliederversammlung 2019

Ort: **Bürgerhaus Süd**
Körnerplatz 2, 45661 Recklinghausen

Datum: **25. April 2019**

Zeit: **10:00 – 16:30 Uhr**

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Vorsitzende Gaby Schnell begrüßt die Anwesenden herzlich, dankt der Seniorenvertretung der Stadt Recklinghausen und stellt die Beschlussfähigkeit fest (s. Anlage).

Die Protokollführung liegt satzungsgemäß in den Händen der Schriftführerin Hildegard Jaekel.

TOP 2 Grußworte

- **Christoph Tesche**

Bürgermeister der Stadt Recklinghausen

Bürgermeister Christoph Tesche heißt die LSV NRW herzlich willkommen und zeigt sich erfreut über die Mitgliederversammlung in der Stadt der Ruhrfestspiele – Kunst für Kohle – Kohle für Kunst. Er hebt den Dank der LSV NRW an Frau Hahn und Herrn Thiel von der Stadtverwaltung hervor. Ein solcher Dank zeigt, so BM Tesche, dass insbesondere den Älteren Werte am Herzen liegen. In dem Wirken kommunaler Seniorenvertretungen zeigen sich diese Werte in der Praxis. Damit leisten Seniorenvertretungen mit ihrem spezifischen Blick der Erfahrung wichtige Beiträge für liebenswerte Lebensorte der Menschen.

- **Rudolf Koncet**

Vorsitzender des Seniorenbeirates der Stadt Recklinghausen

Rudolf Koncet freut sich, dass die Mitgliederversammlung im 25. Jubiläumsjahr des Seniorenbeirates der Stadt Recklinghausen zu Gast ist. Er dankt der Stadt mit ihren Mitarbeitern/innen und den engagierten Mitgliedern des Seniorenbeirates für ihre Unterstützung! Die Urkunde zum 25-jährigen Jubiläum nimmt er mit Dank von der Vorsitzenden Gaby Schnell entgegen.

TOP 3 Minister Karl-Josef Laumann

Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes NRW

Zu Beginn seiner Rede zur Seniorenpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen hebt Minister Karl Josef Laumann den ehrenamtlichen Einsatz der Mitglieder der Landesseniorenvertretung hervor. Er würdigt und bedankt sich für den Einsatz der Seniorenvertreter/innen im Land und im Vorstand. Die eigenständige Vertretung der Betroffenen benennt er als wichtig und sinnvoll für eine Gesellschaft, in der die Menschen immer älter würden. In dieser Entwicklung gelte es, so Laumann, die eigenen Lebensumstände in den verschiedenen Lebensabschnitten möglichst selbstbestimmt zu gestalten. Er betont dabei, dass es vielen Senioren/innen heute gut geht und daher Seniorenpolitik nicht mit Pflegepolitik gleichzusetzen ist. Allerdings müsse Altersdiskriminierungen begegnet werden. Durch die vielfältigen Akti-

vitäten Älterer sei der Altersdiskriminierung aber schon vorgebaut, denn der vielfach praktizierte aktive Lebensstil Älterer, führe zu verbesserten Altersbildern und diese helfen gegen Altersdiskriminierung, so der Minister weiter. Wichtig sei ihm aktuell besonders die Verbesserung der Hausarztsituation, vor allem auch in ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens. Hier setzt seine Politik mit großer Anstrengung an, unter anderem mit der neuen Fakultät für Medizin an der Uni Bielefeld. Zudem benennt er die wichtige Bedeutung von Unterstützungskonzepten für Menschen an Schnittstellen im Alterungsprozess. So muss der Übergang von der Hilfe zur Pflege so gestaltet werden, dass Pflegebedürftigkeit möglichst vermieden oder doch zumindest verschoben werden kann. Zudem gibt es auch an der Schnittstelle zur Hochaltrigkeit Unterstützungsbedarf. Hier will seine Politik ansetzen. Ferner benennt Laumann das Thema „Einsamkeit im Alter“ als eines, welchem durch Angebote begegnet werden muss, vor allem dann, wenn Menschen dies nicht mehr aus eigener Kraft leisten können. Abschließend betont er, dass Altersarmut ein Thema in der Politik sei und dass ihr zu begegnen ist, denn – so der Minister – zu einem guten Alter gehört wirtschaftliche Sicherheit.

Am Ende seiner Rede bedankt sich der Minister sehr herzlich und wertschätzend für das große Engagement von Gaby Schnell, der scheidenden Vorsitzenden der Landesseniorenvertretung. Er würdigt ihr ernsthaftes und kontinuierliches Engagement für die Landesseniorenvertretung und für das Land Nordrhein-Westfalen. In seinen Dank nimmt er ebenso wertschätzend den scheidenden, stellvertretenden Vorsitzenden Dr. Martin Theisohn auf sowie das langjährige Vorstandsmitglied Dr. Helmut Freund und Klaus Czuka, die nicht mehr für den Vorstand kandidieren.

TOP 4 Annahme/Erweiterung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ergänzt um TOP 6 g) *„Ehrenmitgliedschaft Gaby Schnell“*.

TOP 5 Bestätigung des Protokolls der Mitgliederversammlung 2018

Da innerhalb der satzungsgemäßen Frist von vier Wochen nach Zugang des Protokolls der Mitgliederversammlung 2018 keine schriftlichen Einwendungen seitens der Mitglieder in der Geschäftsstelle eingegangen sind, gilt das Protokoll als bestätigt.

TOP 6 Berichte

Rechenschaftsbericht 2018 inklusive des Erledigungsstandes der Anträge aus dem Jahr 2018

a) Gaby Schnell

Mit den Worten „alle Jahre wieder“ verweist Gaby Schnell auf den Rechenschaftsbericht der Landesseniorenvertretung NRW. Dieser stellt zum einen die Arbeit dar und ist zudem eine ausführliche Dokumentation. Die LSV NRW ist die einzige Landesseniorenvertretung mit einer solchen lückenlosen Darstellung.

Sie bringt dann einen kurzen Rückblick für das Jahr 2018 und einen Ausblick auf das Jahr 2019. Getreu dem Jahresschwerpunktthema „Alter – jetzt überall in Bewegung“ haben viele Aktivitäten auf der Tagesordnung der LSV NRW gestanden. Die Mitgliederunterstützung mittels Information, Beratung und Besuchen ist ein wichtiges Anliegen der Vorstandsarbeit. Zusätzlich sind fünf regionale Fachkonferenzen, zwei Wochenseminare mit unterschiedlichen Themen und viele Einzelseminare durchgeführt worden.

Auch in vielen Gremien sind Vorstandsmitglieder aktiv gewesen. Gaby Schnell nennt an dieser Stelle exemplarisch Dr. Martin Theisohn, Magdalene Sonnenschein und Siegfried Paasche, der die LSV NRW mit sehr großem Engagement auf Bundesebene vertritt.

Den Bericht über den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit kündigt die Vorsitzende mit Jürgen Jentsch an. Ein sehr wichtiges Thema ist die Mobilität der älteren Menschen. Hier arbeitet die LSV NRW eng mit den verschiedenen Verkehrsverbänden zusammen.

Die Beteiligung am Deutschen Seniorentag in Dortmund war sehr erfolgreich. Die Notfalldose, die für den Deutschen Seniorentag vom Land finanziert worden ist, war ein echter Treffer. Erwähnung fand auch die gute Zusammenarbeit mit weiteren Veranstaltern und der gute Zuspruch der eigenen Veranstaltungen der LSV NRW.

Das Schwerpunktthema für das Jahr 2019 lautet: „Alter – offen für alles“. Ein Auftakt findet sich in der aktuellen Ausgabe der *NUN REDEN WIR*. In den regionalen Fachkonferenzen des Jahres 2019 wird das Thema weiterbearbeitet. Die Digitalisierung wird auch in der Seniorenarbeit künftig einen breiten Raum einnehmen. Zitat Gaby Schnell: *„Als analoge Kinder bringen wir eine gewisse Distanz mit, die uns vor Euphorie bewahrt, uns aber auch die Freiheit der Entscheidung gibt. Das gehört zur Offenheit im Alter.“*

Sie erteilt dann Jürgen Jentsch das Wort für seinen Bericht.

Jürgen Jentsch, verantwortlich für den Geschäftsbereich ‚Öffentlichkeitsarbeit‘.

Jürgen Jentsch betont gleich zu Beginn seines Berichtes, wie wichtig in der Seniorenarbeit die Öffentlichkeitsarbeit ist. Das zeigt sich in der Entwicklung der Zeitung *NUN REDEN WIR*. Die vielen Beiträge aus den kommunalen Seniorenvertretungen belegen das sehr vielfältig.

Zur Information und Unterstützung der Arbeit werden Fachseminare angeboten, die gut besucht sind. Der Umgang mit dem Datenschutz hat sich nach seiner Meinung eingespielt. Jürgen Jentsch begrüßt die Bildung der „Digitalen Stammtische“ als wichtige Information und Unterstützung für die Arbeit der Seniorenvertretungen. Nachbarschaftstreffen von Seniorenvertretungen sind nicht nur hilfreich, sie erleichtern auch die Arbeit in den Kommunen. Mit der LAGSO (Landesarbeitsgemeinschaft der ehrenamtlichen politischen Seniorenorganisationen) gibt es zwei Treffen im Jahr. Ein Thema ist hier, wie auch bei der LSV NRW, die Vermeidung von Altersarmut. Als weitere Kooperationspartner nennt Jürgen Jentsch unter anderem den Landespräventionsrat, den Landessportbund, die Kreissportverbände, den Westdeutschen Turnerbund, das Landeskriminalamt und die Kreispolizeibehörden, die verschiedenen Verkehrsverbände und die Bahn in Nordrhein-Westfalen sowie die Landesverkehrswacht. Aber auch die Umsetzung des § 27a in der Gemeindeordnung bleibt ein weiteres wichtiges Thema.

Dr. Martin Theisohn gibt einen ausführlichen Bericht über den Erledigungsstand der Anträge aus dem Jahr 2018 (s. Anlage).

- b) Bericht der kommissarischen Schatzmeisterin**
Gaby Schnell (kommissarische Schatzmeisterin) verweist auf den Rechenschaftsbericht 2018 (Seite 70), in dem genau aufgeführt ist, wie die Zuweisung der Landesregierung in Höhe von 198.900,00 Euro verwendet worden ist. Gaby Schnell stellt fest, dass der Haushaltsansatz für das Jahr 2018 eingehalten wurde. Sie betont, dass die Landesseniorenvertretung immer bemüht ist, wirtschaftlich mit den Finanzen umzugehen. Sie erwähnt auch hier, dass die Arbeit der LSV NRW geschätzt wird und verweist auf den Koalitionsvertrag der Landesregierung. Gaby Schnell stellt die „Recklinghäuser Resolution“ (s. Anlage) zur Abstimmung. Sie wird einstimmig verabschiedet.
- c) Bericht der Kassenprüfer**
Am 28. März 2019 sind alle Unterlagen und Belege von den Kassenprüfern Dieter Pohl aus Minden und Karl-Heinz Poppek aus Rheda-Wiedenbrück geprüft worden. Es gab keine Beanstandungen.
- d) Aussprache**
Es sind keine Meldungen erfolgt.
- e) Entlastung des Vorstands**
Dieter Pohl stellt den Antrag auf Entlastung des Vorstands. Dem Antrag wird einstimmig mit einer Enthaltung stattgegeben.
- f) Abschiedsworte der Vorsitzenden**
Gaby Schnell, sichtlich bewegt, tritt ans Mikrofon, um sich zu verabschieden. Insgesamt vierzehn Jahre – davon zehn Jahre als Vorsitzende – hat sie im Vorstand mitgearbeitet. Sie betont, dass der Schwerpunkt ihrer Arbeit immer in der Unterstützung der Mitglieder in den Seniorenvertretungen des Landes gelegen hat. In dieser Zeit ist die Mitgliederzahl der LSV NRW auf 168 kommunale Seniorenvertretungen angewachsen. Dieser Zuwachs und die Erweiterung der Zusammenarbeit mit anderen Organisationen auf dem Gebiet der Seniorenarbeit im Land Nordrhein-Westfalen hat eine Erweiterung des Vorstands mit sich gebracht. Durch die Landesseniorenvertretung NRW sind im Zuge des Demografischen Wandels viele Türen geöffnet worden. Sehr hilfreich waren dabei die Grundsätze der Unabhängigkeit und Neutralität, die für Gaby Schnell stets von besonderer Wichtigkeit waren. Zum Schluss bedankt sie sich bei den Kolleginnen und Kollegen im Vorstand, bei den Mitarbeiterinnen in der Geschäftsstelle und der wissenschaftlichen Beraterin Barbara Eifert. Gaby Schnell bedankt sich besonders bei den Kooperationspartnern und nennt als besondere Höhepunkte:
- Die Kampagne „Junge Bilder vom Alter“ (2007 – 2010)
 - Die große Veranstaltung „Botschaften der Generationen“
 - Die „Qualitätsinitiative der offenen Seniorenarbeit“ TRIAS (2011 – 2013).
- Der Abschied vom großen Forum der Teilnehmer der Mitgliederversammlung fiel Gaby Schnell sichtlich schwer – für sie war es ein Abschied von Freunden.

g) Ehrenmitgliedschaft Gaby Schnell

Herr Jentsch schlägt vor, Frau Schnell zum Ehrenmitglied zu ernennen. Die Mitgliederversammlung stimmt diesem Vorschlag einstimmig zu. Er überreicht Gaby Schnell eine Urkunde zur Ehrenmitgliedschaft in der LSV NRW.

TOP 7

Wahlen

a) Wahl des Wahlausschusses

In den Wahlausschuss werden einstimmig gewählt:

- **Barbara Eifert**, wissenschaftliche Beraterin
- **Marion H. Kettelhake**, Detmold

b) Wahl der Wahlleiterin/des Wahlleiters

Als Wahlleiter wird auf Vorschlag des Vorstands einstimmig **Prof. Norbert Lütke Entrup** gewählt.

c) Wahl der Stimmzählerinnen/Stimmzähler

Als Stimmzähler/innen werden einstimmig gewählt:

- **Irmgard Scheinemann**, Ehrenmitglied der LSV NRW
- **Martin Fischer**, Dortmund
- **Wilfried Krull**, Datteln
- **Karin Mühlberger-Großmann**, Sundern
- **Peter Vogt**, Düren
- **Felicitas Vorpahl-Allweins**, Köln

d) Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden

Jürgen Jentsch kandidiert als Vorsitzende der LSV NRW. Es findet satzungsgemäß eine geheime Wahl statt.

Wahlergebnis: 102 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen, 10 Enthaltungen sowie eine ungültige Stimme.

Jürgen Jentsch nimmt die Wahl an und dankt für das Vertrauen.

e) Wahl von zwei stellvertretenden Vorsitzenden

Magdalene Sonnenschein und **Karl-Josef Büscher** kandidieren für diese Positionen. In geheimer Wahl werden beide mit 111 Ja-Stimmen (eine Enthaltung) gewählt. Beide nehmen die Wahl an.

f) Wahl der Schatzmeisterin/des Schatzmeisters

Brigitte Köster kandidiert als Schatzmeisterin und wird einstimmig per Akklamation – ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung – gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

g) Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers

Hildegard Jaekel kandidiert wieder als Schriftführerin und wird einstimmig per Akklamation – ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung – gewählt. Sie nimmt die Wahl an.

h) Wahl von sechs Beisitzerinnen/Beisitzern

Ingrid Dormann , Arnsberg	105 Stimmen
Siegfried Paasche , Hille	103 Stimmen
Manfred Stranz , Kaarst	96 Stimmen
Cäcilia Brinkmann , Minden	95 Stimmen
Hans-Werner Koch , Lippstadt	76 Stimmen
Rainer Krause , Hemer	55 Stimmen
Herbert Niederstraße r, Bottrop	25 Stimmen
Hans Anton Meurers , Köln	19 Stimmen

Somit sind als Beisitzer/innen gewählt: Ingrid Dormann, Siegfried Paasche, Manfred Stranz, Cäcilia Brinkmann, Hans-Werner Koch und Rainer Krause. Alle Gewählten nehmen die Wahl an.

i) Wahl von zwei Kassenprüferinnen/Kassenprüfern

Dieter Pohl und **Karl-Heinz Poppek** kandidieren erneut für dieses Amt und werden einstimmig gewählt. Sie nehmen die Wahl an.

TOP 8 Anträge 2019

Vorstellung der Anträge und Votum der Antragskommission

Dr. Martin Theisohn stellt die Anträge vor und erläutert die jeweiligen Voten der Antragskommission (s. Anlage).

- Antrag Nr. 1 **Sicherstellung und Stärkung der Grundversorgung des ländlichen Raumes**
Antragsteller: Seniorenbeirat des Rates der Stadt Hemer
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig mit drei Enthaltungen zugestimmt.
- Antrag Nr. 2 **Wertschätzung im Ehrenamt durch den Staat**
Antragsteller: Vorstand der LSV NRW
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich – mit vier Nein-Stimmen und einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 3 **Den Entlastungsbetrag bei Pflegegrad 1 als „Pflegegeld“ ausbezahlen**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Köln
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich – mit zwei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 4 **Berücksichtigung der „Hausarbeit = Haushaltsführung“ bei der Pflegegradeinteilung**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Köln
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.
- Antrag Nr. 5 **Erweiterung der medizinischen Vorsorgeuntersuchungen**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Gladbeck
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich mit zwei Nein-Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.

- Antrag Nr. 6 + 24 **Streichung von Anliegerbeiträgen bei Straßenausbaumaßnahmen**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Gemeinde Hille und der Stadt Hürth
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig – mit zwei Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 7 **Gesetzliche Verpflichtung zur Vorhaltung von Kurzzeitpflegeplätzen in Seniorenwohnheimen**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Gemeinde Hille
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig mit drei Enthaltungen zugestimmt.
- Antrag Nr. 8 **Eine einheitliche ÖPNV-Tarifstruktur für NRW**
Antragsteller: Vorstand der LSV NRW
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.
- Antrag Nr. 9 **Keine Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge auf private Altersvorsorge**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Rheda-Wiedenbrück
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich – mit drei Nein-Stimmen und einer Enthaltung – zugestimmt.
- Antrag Nr. 10 **Verbesserungen der Bedingungen für Fußgänger an Lichtsignalanlagen (Ampelschaltungen)**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Hagen
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig mit vier Enthaltungen zugestimmt.
- Antrag Nr. 11 **Knochendichtemessung ab dem 65. Lebensjahr**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Gemeinde Altenberge
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.
- Antrag Nr. 12 **Eliminierung von MR Keimen in Krankenhäusern**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Hamm
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.
- Antrag Nr. 13 **Geriatric**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Remscheid
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.
- Antrag Nr. 14 **Stärkere Berücksichtigung der Interessen der älteren Generation im öffentlich-rechtlichen Rundfunk**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Remscheid
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich – mit sechs Nein-Stimmen und vier Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 15 **Verbesserung der Umsetzung der Cannabis-Medizin**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Remscheid
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.
- Antrag Nr. 16 **Zeitliche Voraussetzungen zum Erhalt der Ehrenamtskarte**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Lübbecke
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich – mit sechs Nein-Stimmen und elf Enthaltungen – zugestimmt.

- Antrag Nr. 17 **Musikuntermalung bei Rundfunk- und Fernsehsendungen**
Antragsteller: Forum Senioren Stadt Hamminkeln
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich – mit drei Nein-Stimmen und vier Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 18 **Renten Kürzung der Witwen/Witwer-Rente**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Gemeinde Kalletal
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich mit einer Nein-Stimme zugestimmt.
- Antrag Nr. 19 **Sitzbänke für Senioren**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Lippstadt
Dieser Antrag wird mit 25 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt.
- Antrag Nr. 20 **Barrierefreiheit an Bahnhöfen der DB**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Emmerich
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt.
- Antrag Nr. 21 **Ein-Umsteige Hilfen**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Witten
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig zugestimmt.
- Antrag Nr. 22 **Notfallkonzept**
Antragsteller: Seniorenvertretung der Stadt Witten
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig mit drei Enthaltungen zugestimmt.
- Antrag
Nr. 23 + 27 **Wohin geht die Seniorenpolitik der Landesregierung?**
Antragsteller: Seniorenrat der Stadt Bielefeld, Seniorenbeirat der Stadt Moers
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission mehrheitlich – mit zwei Nein-Stimmen und vier Enthaltungen – zugestimmt.
- Antrag Nr. 24 **Abschaffung der Straßenbaubeiträge**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Hürth
Siehe Antrag Nr. 6
- Antrag Nr. 25 **Antrag zur Rückkehr zur flexiblen Belegung in Tageseinrichtungen**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Gemeinde Hille
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt.
- Antrag Nr. 26 **Sozialticket NRW**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Büren
Dem Antrag wird in der Fassung der Antragskommission einstimmig mit einer Enthaltung zugestimmt.
- Antrag Nr. 27 **Zukunft der ZWAR Zentralstelle NRW**
Antragsteller: Seniorenbeirat der Stadt Moers
Siehe Antrag Nr. 23

TOP 9

Verschiedenes

Während des Verlaufs der Mitgliederversammlung werden Seniorenvertretungen für langjährige Tätigkeiten mit einer Urkunde ausgezeichnet:

- | | |
|---|----------------------|
| • Seniorenbeirat der Stadt Bad Oeynhausen | 25-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenbeirat der Stadt Bocholt | 25-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenbeirat der Stadt Minden | 25-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenbeirat der Stadt Porta Westfalica | 25-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenbeirat der Stadt Recklinghausen | 25-jähriges Jubiläum |
| • Beirat für Senioren und Menschen mit Behinderung der Stadt Straelen | 25-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenbeirat der Stadt Gladbeck | 40-jähriges Jubiläum |
| • Seniorenbeirat der Stadt Marl | 40-jähriges Jubiläum |

TOP 10

Schlusswort

Jürgen Jentsch dankt für die Teilnahme an der Mitgliederversammlung und wünscht allen eine gute Heimreise. Er bittet für den Austragungsort der nächsten Mitgliederversammlung um schriftliche Vorschläge bis **Ende Juli 2019** und gibt den Hinweis, dass nach Beschlussfassung der Mitgliederversammlung im Jahr 2007 eine Ausrichtung möglichst zentral in Nordrhein-Westfalen gelegen sein soll. Zudem muss geprüft werden, inwieweit eine Finanzierung seitens der LSV NRW möglich ist, da für Mitgliederversammlungen nur ein begrenztes Budget zur Verfügung steht.

Sie bittet um Übersendung von drei Angeboten/Vorschläge für das Catering, einer Aufstellung der Getränkepreise sowie eine Liste der potentiellen Sponsoren. Details können in der Geschäftsstelle erfragt werden.

Voraussetzungen zur Durchführung einer Mitgliederversammlung sind:

- Barrierefreiheit (sowohl im Zugang als auch innerhalb der Räumlichkeiten)
- Tischbestuhlung für ca. 300 Personen (ggf. parlamentarisch)
- Kostenübernahme der Hallenmiete für zwei Tage
- Übersendung von drei Angeboten/Vorschläge für das Catering
- Übersendung einer Aufstellung der Getränkepreise
- Potentielle Sponsoren

Münster/Dorsten
28. Mai 2019



Jürgen Jentsch
Vorsitzender



Hildegard Jaekel
Schriftführerin

Anlagen

- Anwesenheitsliste
- Bearbeitungsstand der Anträge 2018
- Beschlossene Antragstexte 2019
- Resolution

Anwesenheitsliste

Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung NRW e. V. am 25. April 2019 in Recklinghausen

Stimmberechtigte Seniorenvertretungen:

1	Aachen	46	Hemer
2	Altenberge	47	Herford
3	Arnsberg	48	Herne
4	Ascheberg	49	Herzebrock-Clarholz
5	Attendorn	50	Hilden
6	Bad Oeynhausen	51	Hille
7	Bielefeld	52	Holzwickede
8	Bocholt	53	Hürth
9	Bochum	54	Iserlohn
10	Borken, Kreis	55	Kaarst
11	Bornheim	56	Kalletal
12	Bottrop	57	Kevelaer
13	Brilon	58	Köln
14	Büren	59	Krefeld
15	Datteln	60	Kreuztal
16	Delbrück	61	Langenberg
17	Detmold	62	Lengerich
18	Dinslaken	63	Lippstadt
19	Dörentrup	64	Lüdinghausen
20	Dormagen	65	Lünen
21	Dorsten	66	Marl
22	Dortmund	67	Meerbusch
23	Düren	68	Meschede
24	Düsseldorf	69	Mettmann
25	Eitorf	70	Minden
26	Elsdorf	71	Moers
27	Erfstadt	72	Mülheim a. d. Ruhr
28	Erwitte	73	Münster
29	Eschweiler	74	Niederkassel
30	Espelkamp	75	Plettenberg
31	Essen	76	Porta Westfalica
32	Extertal	77	Pulheim
33	Geldern	78	Radevormwald
34	Gelsenkirchen	79	Ratingen
35	Geseke	80	Recklinghausen
36	Gladbeck	81	Recklinghausen, Kreis
37	Gronau	82	Remscheid
38	Gütersloh	83	Rheda-Wiedenbrück
39	Haan	84	Rhede
40	Hagen	85	Rheinberg
41	Halle	86	Rheine
42	Haltern am See	87	Rheinisch-Bergischer-Kreis
43	Hamm	88	Rösrath
44	Hamminkeln	89	Schermbeck
45	Hattingen	90	Schieder-Schwalenberg

91	Selm	16	Herzogenrath
92	Sendenhorst	17	Hiddenhausen
93	Soest	18	Höxter
94	Solingen	19	Hüllhorst
95	Spenge	20	Ibbenbüren
96	Sprockhövel	21	Issum
97	Steinfurt, Kreis	22	Jülich
98	Steinhagen	23	Kerpen
99	Straelen	24	Kierspe
100	Sundern	25	Kirchlengern
101	Troisdorf	26	Kürten
102	Uedem	27	Löhne
103	Unna, Kreis	28	Lohmar
104	Voerde	29	Lübbecke
105	Vlotho	30	Lügde
106	Waltrop	31	Marsberg
107	Weeze	32	Meckenheim
108	Werl	33	Mettingen
109	Wermelskirchen	34	Morsbach
110	Wesel	35	Oberhausen
111	Wesel, Kreis	36	Oerlinghausen
112	Wetter	37	Olpe
113	Witten	38	Petershagen
		39	Preußisch Oldendorf
		40	Rees
		41	Rheinbach
		42	Rommerskirchen
		43	Siegen
		44	Steinfurt
		45	Stolberg
		46	Übach-Palenberg
		47	Werne
		48	Wesseling
		49	Willich
		50	Wuppertal
		51	Zülpich

**Nicht stimmberechtigte
Seniorenvertretungen:**

1. Bedburg-Hau
2. Euskirchen
3. Rheurdt
4. Rietberg

Abwesende Seniorenvertretungen:

- 1 Bad Honnef
- 2 Bad Lippspringe
- 3 Bad Sassendorf
- 4 Bergisch Gladbach
- 5 Bönen
- 6 Burscheid
- 7 Castrop-Rauxel
- 8 Duisburg
- 9 Emmerich
- 10 Emsdetten
- 11 Erkrath
- 12 Freudenberg
- 13 Greven
- 14 Halver
- 15 Havixbeck

Bearbeitungsstand Anträge 2018

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsmodus
1	Seniorenrat der Stadt Bielefeld	Einrichtung von Integrationsräten gemäß § 27 Gemeindeordnung NRW	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden dafür einzusetzen, dass im Bereich der Gemeindeordnung weiterhin eine gute Repräsentanz und Mitwirkungsmöglichkeit für ausländische Mitbürger – insbesondere ausländische Seniorinnen und Senioren – gewährleistet ist. Insofern muss der § 27 GO erhalten bleiben.	Der Vorstand hat sich sowohl an Ministerpräsidenten Laschet als auch an den Städte- und Gemeindebund gewandt und um Unterstützung dieses Beschlusses gebeten. Die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen haben – auch wegen der Bedenken vieler anderer Gutachter – beschlossen, die Struktur und die Aufgaben des Integrationsrates zu schützen, den Gemeinden aber die Wahl zu lassen, einen Integrationsrat zu bilden oder aber einen Integrationsausschuss, der aber die gleiche Struktur und Funktion wie der Integrationsrat haben soll. Damit wurde unserem Beschluss entsprochen.
2	Seniorenrat der Stadt Bielefeld	Landesfachstelle NRW „Trauma und Leben im Alter“	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung für eine Beratungsinstitution auf Landesebene einzusetzen, die sowohl das Problem der Trauma-Auswirkung bei Älteren (z. B. Krieg- und Flucht-Trauma) als auch die Probleme der aktuellen Kriegsflüchtlinge sowie der Opfer von Gewalt und Terror bearbeitet und den örtlichen Beratungs- und Therapiestellen Unterstützung bietet. Diese Unterstützung muss niederschwellig erreichbar sein.	Die LSV hat sich an Minister Laumann/MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) gewandt und um erneute Förderung einer Traumafachstelle gebeten. Im Zuge der Neuordnung der Beratungsaktivitäten verweist das MAGS darauf, dass es für Traumafolgen sehr viele Beratungs- und Therapiestellen gibt, die den Betroffenen direkt Hilfe leisten. Übergeordnete Beratungsstrukturen seien nicht erforderlich. Die LSV kann dieser Argumentation nicht folgen und hält neben den konkreten Therapieangeboten eine koordinierende Beratungsstelle mit den Möglichkeiten von Öffentlichkeitsarbeit für dieses zunehmend wichtige Thema für notwendig.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsmodus
3	Seniorenbeirat der Stadt Haltern am See	Ermäßigungen zum Besuch von Kultur- und Freizeit-Einrichtungen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen dafür einzusetzen, dass für Behinderte, Bedürftige und für ältere Menschen reduzierte Eintrittspreise für Museen, Konzerte, Oper und Schauspiel sowie weitere Kulturevents angeboten werden.	Der Vorstand hat sich an den Städtetag, den Städte- und Gemeindebund, die Landesbehindertenbeauftragte und an das zuständige Ministerium für Kultur und Wissenschaft gewandt. Bisher liegt eine Antwort vom Städte- und Gemeindebund und vom Städtetag vor. Der Städte- und Gemeindebund unterstützt unsere Forderung. Er hat diese weitergegeben an seine Kulturabteilung. Der Städtetag hat in seiner Antwort darauf hingewiesen, dass er sich bemüht, dass seine Mitglieder die barrierefreie Erreichbarkeit der Kulturstätten vorantreiben sollen. Es würden für Senior*innen auch einige Ermäßigungen geboten. Die Kosten des Eintritts seien aber wohl keine wirklichen Gründe, diese Kulturstätten nicht zu besuchen. Dieser Argumentation kann die LSV nicht folgen. Die LSV hofft, dass auch die anderen Adressaten antworten und dann auch die Zahl der ermäßigten Veranstaltungen deutlich zunimmt. Die örtlichen Seniorenvertretungen werden gebeten, sich in ihren jeweiligen Kommunen für Ermäßigungen einzusetzen.
4	Seniorenbeirat der Stadt Haltern am See	„Digitalisierungs- offensive“ im Öffentlichen Dienst	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung, der Landesregierung, den kommunalen Spitzenverbänden und den Kommunen dafür einzusetzen, dass im Rahmen der „Digitalisierungsoffensive der öffentlichen Dienstleistungen“ weiterhin analoge Dienstleistungen (Bürgerbüro, Beratung etc.) angeboten werden, damit auch dem großen Bevölkerungsteil, der mit PC und Smartphone nicht umgehen kann, weiterhin diese notwendigen Dienstleistungen angeboten werden.	Der Vorstand hat sich an Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart (Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie), die kommunalen Spitzenverbände (d.h. den Städte- und Gemeindebund, den Landkreistag und den Städtetag) mit der Bitte gewandt, neben der notwendigen Digitalisierung der Verwaltungsabläufe nicht zu vergessen, dass eine große Zahl von Menschen – nicht nur bei den Senioren – auf Beratung und Unterstützung angewiesen sind. Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen die LSV NRW in ihrem Anliegen. Digital und analog muss es auch weitergehen. Daher war der Antrag erfolgreich. Die örtlichen Seniorenvertretungen sollten die Umsetzung am Ort im Blick halten.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsmodus
5	Seniorenbeirat der Stadt Moers	Bündnis Sozialticket NRW	<p>Die Landesseniorenvertretung NRW e. V. beteiligt sich an dem am 27. Januar 2018 in Wuppertal gegründeten „Bündnis Sozialticket NRW“ und unterstützt die von diesem Bündnis für den Mai 2018 geplanten Aktionstage und nimmt teil an der für den Herbst 2018 vorgesehenen Aktionskonferenz zum Erhalt des Sozialtickets in Nordrhein-Westfalen und zur Verbesserung der Nachfragesituation und der Angebotsbedingungen für ein Sozialticket in NRW und bundesweit.</p> <p>Die LSV NRW e. V. setzt sich dabei und darüber hinaus für eine die soziale Teilhabe vollumfänglich ermöglichende Mobilität im Alter ein.</p>	<p>Der Vorstand der LSV hat sich mit den Organisatoren in Verbindung gesetzt. Er wird dies auch im Jahr 2019 tun und die Organisation so weit wie möglich unterstützen. Zusätzlich wird der Vorstand fordern, dass sich der Preis des Sozialtickets an dem Betrag für die Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) beim ALG II (ca. 27 €) orientieren soll. Die Forderung wird weiter getragen und findet sich in dem Antrag Nr. 26 zur Mitgliederversammlung 2019 erneut aufgenommen.</p>
6	Seniorenbeirat der Stadt Voerde	Altersarmut durch Hinterbliebenenrente	<p>Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung, den Parteien und im Rahmen der Kommission zur Rentenreform dafür einzusetzen, dass die Hinterbliebenenrente auf mindestens 60 % angehoben wird. Zusätzlich sollen auch die Freibeträge bei der Anrechnung der eigenen Rente angehoben werden.</p>	<p>Zu diesem Thema haben wir bereits im August 2018 alle Fraktionen im Bundestag, die Bundeskanzlerin und Bundesminister Heil/BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) angeschrieben. In unserem Schreiben haben wir gleichzeitig auch auf die Angleichung der Rentenpunkte für die vor 1992 geborenen Kinder hingewiesen. Leider haben bisher nur die SPD-Fraktion und das BMAS geantwortet. Beide haben zugesagt unser Anliegen auch in die „Rentenkommission“ einzubringen. Das Schreiben des BMAS ist sehr ausführlich und detailliert und legt dar, dass die jetzige Regelung vom Bundesverfassungsgericht als grundgesetzkonform bewertet worden ist. Zusätzlich seien ein Teil unserer Forderungen schon dadurch erfüllt, dass der Freibetrag dynamisiert sei und der abgesenkte Anteil von 55 % durch zu versorgende Kinder auf über 60 % angehoben werden kann.</p> <p>Die LSV würde sich freuen, wenn im Rahmen der Arbeit der Rentenkommission eine Verbesserung der Hinterbliebenenrente erreicht werden kann, auch wenn darauf kein grundgesetzlicher Anspruch besteht.</p>

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsmodus
7	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Struktur der Seniorenvertretungen im Rahmen der Gemeindeordnung	<p>Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich weiterhin gegenüber der Landesregierung sowie den Landtagsfraktionen dafür einzusetzen, dass die Schaffung von Seniorenvertretungen als Muss-Vorschrift in die Gemeindeordnung aufgenommen wird. Die Bildung der Seniorenvertretung erfolgt dann durch Wahl. Die Wahlperioden sollten denen der Kommunalwahlen entsprechen. Die Seniorenvertretungen entsenden Sachkundige Einwohner (§ 58 (4) GO) in die für Seniorenfragen relevanten Ausschüsse des Rates und sie erhalten finanzielle, personelle und sächliche Unterstützung durch Rat und Verwaltung.</p> <p>Die Mitgliederversammlung bittet die örtlichen Seniorenvertretungen, sich gegenüber den örtlichen Gremien und den Landtagsabgeordneten für eine entsprechende Änderung des § 27 a einzusetzen.</p>	<p>Mit diesem Beschluss hat die Mitgliederversammlung nochmals bestätigt, dass sie eine bestimmte Verfasstheit der kommunalen Seniorenvertretungen fordert. Der Vorstand vertritt diese Forderungen gegenüber den Fraktionen des Landtages und der Landesregierung. Aktuell scheint es dafür keine politische Unterstützung der Regierungsfraktionen und der Landesregierung zu geben.</p>
8	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Kooptierung von Personen in den Vorstand der LSV NRW	<p>Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, in seine Geschäftsordnung den folgenden Text aufzunehmen: Im Rahmen der Kooptierung von Personen in den Vorstand der Landesseniorenvertretung wird diese sich mit der Seniorenvertretung des betreffenden Mitgliedes ins Benehmen setzen.</p>	<p>Der Vorstand hat seine Geschäftsordnung entsprechend geändert.</p>
9	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Tarif- und Preispolitik der Verkehrsverbände	<p>Die Mitgliederversammlung bestätigt ihren Beschluss von 2017 und fordert den Vorstand auf, sich weiterhin dafür einzusetzen, dass die gängigen Einzel- und Mehrfahrentickets auch in Zukunft am Schalter, am Automaten und/oder beim Fahrer als Papierticket zu erwerben sind. Andere (technische) Lösungen werden dann begrüßt, wenn ihre Nutzung (wie beim Papierticket) einfach und unkompliziert ist. Eine Bevorzugung des „Handy-Tickets“ wird nicht unterstützt.</p>	<p>Der Vorstand hat diesen Beschluss in den verschiedenen Treffen mit den drei großen Verkehrsverbänden vorgetragen und dort auch schriftlich niedergelegt. Uns wurde von allen versichert, dass man nicht daran denke, das „Papierticket“ in seinen verschiedenen Ausformungen abzuschaffen. Gleichzeitig setzen aber alle Verkehrsverbände darauf, über eine Smartphone-App eine neue Tarifstruktur zu ermöglichen. Die LSV hat in den Treffen jeweils deutlich gemacht, dass sie sehr skeptisch gegenüber der Smartphone-App eingestellt</p>

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsmodus
				<p>ist, weil sich damit der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) an ein externes System bindet, das in ständigem Wandel begriffen ist.</p> <p>Nun hat auch noch der Verkehrsverbund des VRS (Verkehrsverbund Rhein-Sieg) das Smartphone-Ticket um 10 % verbilligt. Dagegen haben wir auf den Treffen und durch eine Presseerklärung (s. www.lsv-nrw.de) öffentlich Stellung genommen. Wir sehen darin eine Diskriminierung der Menschen, die das Smartphone nicht nutzen können oder wollen.</p>
10	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Transparenz der vom Vorstand der LSV NRW übernommenen Ämter	Der Vorstand der LSV weist die Mitglieder der Landesseniorenvertretung darauf hin, dass in den Rechenschaftsberichten sowohl die Zuordnung der Mitglieder des Vorstandes zu den verschiedenen Gremien und Aufgaben als auch deren Tätigkeit dabei ausführlich dargestellt ist.	
11	Seniorenvertretung der Stadt Witten	Bezahlbarer Wohnraum auch für Senioren	<p>Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Bereitstellung von öffentlich gefördertem und damit preiswertem Wohnraum gesteigert wird.</p> <p>Des Weiteren soll der Mietanstieg bei Sanierung einer Wohnung soweit vermindert werden, dass der langjährige Mieter weiterhin die Miete zahlen kann. Auf jeden Fall muss vermieden werden, dass der langjährige Mieter dann diese Wohnung aufgeben muss.</p>	<p>Der Vorstand hat sich mit einem Schreiben an Ministerin Scharrenbach (Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung) gewandt. In der sehr spät erfolgten Antwort wird darauf hingewiesen, dass für den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau sehr viele Mittel bereitgestellt würden und dass in der Bauordnung nun Barrierearmut für alle Wohnungsbauten vorgesehen sei. Insofern wurden die Maßnahmen der Vorgängerregierung fortgesetzt.</p> <p>Zu dem 2. Teil des Beschlusses (Mietanstieg bei Sanierung, Wohnungsverlust für langjährige Mieter) wurde nicht Stellung genommen. Hier ergeben sich durch neue Regelungen auf Bundesebene nun positive Möglichkeiten. Wie weit diese sich auch im Landesrecht dann wiederfinden, muss abgewartet werden.</p> <p>Die LSV wird weiterhin dieses Thema verfolgen. Dabei wird die Gestaltung der Wohnquartiere beachtet werden müssen.</p>

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsmodus
12	Seniorenbeirat der Stadt Lünen	Bessere finanzielle Ausstattung der solitären Kurzzeitpflege	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung sowie den Kostenträgern und den Leistungserbringern in der Pflege dafür einzusetzen, dass die Zahl der Kurzzeitpflegeplätze erhöht wird. Dazu ist auch eine Verbesserung der Finanzierung sowie der Abschreibung in Betracht zu ziehen.	Die LSV hat sich in den relevanten Gremien des Landesausschusses Alter und Pflege (LAP) für die Bereitstellung und Schaffung zusätzlicher Kurzzeitpflegeplätze eingesetzt. Zusätzlich haben wir das MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) angeschrieben und um Unterstützung gebeten. Leider musste das MAGS feststellen, dass sowohl die Fix/Flex-Regelung, die Gespräche mit der Krankenhausgesellschaft (Umwandlung von Krankenhausbetten in Kurzzeitpflegeplätze) als auch mit den Kostenträgern bisher keinen Erfolg gebracht haben. Die Seniorenvertretungen müssen deshalb auch in Zukunft um die Bereitstellung von Kurzzeitpflegeplätzen kämpfen, s. dazu auch den Beschluss zu Antrag Nr. 25 aus Hille bei der MV 2019.
13	Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt	Budgetierung ärztlicher Leistungen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich bei den Krankenkassen, den Kassenärztlichen Vereinigungen und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die ärztlichen Leistungen (Gesprächs- und Beratungsleistungen) gegenüber den Patienten aus der Budgetierung herausgenommen werden.	Die LSV hat sich an das Bundesgesundheitsministerium gewandt und um Berücksichtigung des Beschlusses der Mitgliederversammlung gebeten. Bereits während der Koalitionsverhandlungen war deutlich geworden, dass die neue Bundesregierung für eine Verbesserung der Versorgung tätig werden will. Dies ist nun durch Einbringen eines Gesetzentwurfs geschehen, in dem viele extrabudgetäre Leistungen vorgesehen sind, damit sowohl die Behandlung beim Allgemeinarzt als auch beim Facharzt schneller und ohne Budgetbelastung erfolgen kann. Es muss nun abgewartet werden, wie dieses Gesetz beschlossen und dann umgesetzt wird.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text	Bearbeitungsmodus
14	Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt	Mütterrente II	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass für alle vor 1992 geborenen Kinder 3 Entgeltpunkte in der Rentenberechnung berücksichtigt werden. Die rentenrechtliche Anerkennung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und muss deshalb durch Steuermittel getragen werden.	Zu diesem Thema haben wir alle Fraktionen im Bundestag, die Bundeskanzlerin und Bundesminister Heil/BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) angeschrieben. In unserem Schreiben haben wir gleichzeitig auch auf die Probleme bei der Hinterbliebenenrente hingewiesen. Die SPD-Fraktion und das BMAS (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) haben geantwortet. Beide haben zugesagt, unser Anliegen auch in die „Rentenkommission“ einzubringen. Die Fraktionen der anderen Parteien haben sich bisher nicht dazu geäußert. Obwohl mittlerweile ein halber Rentenpunkt pro Kind eingeführt ist, bleibt unsere Forderung nach Gleichbehandlung bestehen.
15	Seniorenbeirat der Stadt Steinfurt	Anrechnung der Kindererziehungszeiten für Beamtinnen in NRW	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass die Kindererziehungszeiten – ähnlich der „Mütterrente“ – bei der Berechnung des Ruhegehaltes berücksichtigt werden.	Die LSV hat sich mit einem Schreiben an das MAGS (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales) gewandt und um Aufklärung gebeten, wie es sich mit der Berücksichtigung der Kinder von Beamt*innen bei der Festlegung des Ruhegehaltes verhält. Die LSV hat ein sehr ausführliches Schreiben erhalten, in dem darauf hingewiesen wird, dass die Verhältnisse bei Rentenempfängern und Ruhegehaltsempfängern sehr unterschiedlich sind. Erstere seien in aller Regel sehr viel schlechter abgesichert als die Ruhegehaltsempfänger, so dass dort die Berücksichtigung der Kindererziehungszeiten in Höhe von aktuell 2,5 Rentenpunkten (ca. 90 € pro Kind und Monat) besonders wichtig sei. Bei Ruhegehaltsempfängern würden aber einmal Kindererziehungszeiten (6 Monate pro Kind) als Ruhegehaltsfähig angerechnet oder aber Kinderzuschläge (maximal 36 €/Monat) gezahlt. Damit seien die Auswirkungen auf das Gehalt geringer als bei den Rentenempfängern. Eine Änderung der Rechtslage sei nicht erforderlich. Die LSV wird dieses Thema weiter bearbeiten.

Beschlossene Antragstexte 2019

Nr.	Antragsteller	Thema	Text
1	Seniorenbeirat des Rates der Stadt Hemer	Sicherstellung und Stärkung der Grundversorgung des ländlichen Raumes	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass im Bereich der ländlichen Gebiete und in den Stadtrandgebieten auch weiterhin gewährleistet oder aber neu geschaffen wird, dass ein ausreichendes, gut erreichbares Angebot an Schulen, Geschäften des täglichen Bedarfes und Geldinstituten besteht, dass die ärztliche und pflegerische Versorgung gewährleistet wird und auch Apotheken gut erreichbar sind. Dazu soll die Landesregierung ein gesondertes Programm auflegen, das diese Forderungen erfüllt.
2	Vorstand der LSV NRW	Wertschätzung im Ehrenamt durch den Staat	Der Vorstand der Landesseniorenvertretung wird gebeten, sich gegenüber der Landes- und der Bundesregierung für eine Verstärkung der Wertschätzung der Arbeit im Ehrenamt einzusetzen. Zusätzlich zur Verleihung der Ehrenamtskarte soll es möglich sein, durch ehrenamtliche Tätigkeit einen Steuerfreibetrag - unabhängig von der Übungsleiterpauschale oder sonstigen Pauschalen - zu erhalten oder eine Berücksichtigung bei der Gewinnung von Rentenpunkten - ähnlich wie bei den pflegenden Angehörigen - zu gewähren.
3	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Den Entlastungsbetrag bei Pflegegrad 1 als „Pflegegeld“ ausbezahlen	Der Vorstand der Landesseniorenvertretung wird gebeten, sich gegenüber der Landes- und der Bundesregierung sowie den Pflegekassen und Kostenträgern dafür einzusetzen, dass der „Entlastungsbetrag“ bei Pflegegrad 1 als Pflegegeld bar zur Verfügung gestellt wird.
4	Seniorenvertretung der Stadt Köln	Berücksichtigung der „Hausarbeit = Haushaltsführung“ bei der Pflegegradeinteilung	Der Vorstand der Landesseniorenvertretung wird gebeten, sich gegenüber der Landes- und der Bundesregierung sowie den Pflegekassen und deren Medizinischem Dienst dafür einzusetzen, dass bei der Anwendung des neuen Begutachtungsassessments zur Festlegung des Pflegegrades – neben den dort bereits berücksichtigten Defiziten bei der Bewegung und Versorgung – auch die Defizite bei der Bewältigung der Hausarbeiten Berücksichtigung finden.
5	Seniorenbeirat der Stadt Gladbeck	Erweiterung der medizinischen Vorsorgeuntersuchungen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung, dem Gemeinsamen Bundesausschuss und den Krankenkassen dafür einzusetzen, dass neben den Vorsorgeuntersuchungen gegen internistische Erkrankungen – Krebs, Herz-Kreislaufkrankungen, Diabetes usw. – auch die Vorsorgeuntersuchungen zur Überprüfung der Seh- und Hörfunktion beim Augen- bzw. dem Ohrenarzt übernommen werden.
6 + 24	Seniorenbeirat der Gemeinde Hille Seniorenbeirat der Stadt Hürth	Streichung von Anliegerbeiträgen bei Straßenausbaumaßnahmen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Kommunalverbänden und den Kommunen dafür einzusetzen, dass durch Änderung des Kommunalabgabengesetzes beim Straßenausbau keine Anliegerbeiträge mehr erhoben werden.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text
7	Seniorenbeirat der Gemeinde Hille	Gesetzliche Verpflichtung zur Vorhaltung von Kurzzeitpflegeplätzen in Seniorenwohnheimen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Pflegekassen, den Kostenträgern und den Pflegeeinrichtungen dafür einzusetzen, dass ausreichend Kurzzeitpflegeplätze geschaffen und bereitgehalten werden. Neben einer Verbesserung der Vergütung ist auch eine gesetzliche Vorschrift zur Bereithaltung von Kurzzeitpflegeplätzen in Dauerpflegeeinrichtungen (fixe und variable eingestreute Kurzzeitpflege) erforderlich.
8	Vorstand der LSV NRW	Eine einheitliche ÖPNV-Tarifstruktur für NRW	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand der Landesseniorenvertretung NRW, sich bei der Landesregierung und den Landtagsfraktionen dafür einzusetzen, dass in NRW eine einheitliche ÖPNV-Tarifstruktur das bestehende, undurchsichtige System der Verkehrsverbünde ablöst.
9	Seniorenbeirat der Stadt Rheda-Wiedenbrück	Keine Krankenkassen- und Pflegeversicherungsbeiträge auf private Altersvorsorge	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Bundesregierung und den Bundestagsparteien dafür einzusetzen, dass auf ausgezahlte Lebens- oder Kapitalversicherungen im Rentenalter keine erneuten Beiträge für die Krankenkasse und die Pflegekasse erhoben werden. Diese Versicherungen dienen zur Absicherung im Alter und zur Verhinderung von Altersarmut.
10	Seniorenbeirat der Stadt Hagen	Verbesserungen der Bedingungen für Fußgänger an Lichtsignalanlagen (Ampelschaltungen)	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, der Bundesregierung und den Straßenverkehrsanstalten dafür einzusetzen, dass in den Richtlinien (RiLSA) die Straßenüberquerungsgeschwindigkeit für Fußgänger auf 1 m/s festgesetzt wird. Bei Ampeln im Bereich von Seniorenheimen sollte diese Geschwindigkeit noch weiter reduziert werden (z. B. 0,7 m/s).
11	Seniorenbeirat der Gemeinde Altenberge	Knochendichtemessung ab dem 65. Lebensjahr	Die Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung bittet den Vorstand, sich gegenüber den Krankenkassen, dem Gemeinsamen Bundesausschuss und gegenüber der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die standardisierte Knochendichtemessung als Vorsorgeleistung ab dem 65. Lebensjahr bezahlt wird.
12	Seniorenbeirat der Stadt Hamm	Eliminierung von MR-Keimen in Krankenhäusern	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und den Krankenhäusern dafür einzusetzen, dass der Kampf gegen die Krankenhauskeime intensiviert wird. Dabei sollen auch neuere Verfahren, wie die Verwendung von „Kaltem Plasma = ionisierte Luft“, eingesetzt und erforscht werden.
13	Seniorenbeirat der Stadt Remscheid	Geriatric	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Ärztekammern, den Kassenärztlichen Vereinigungen, der Krankenhausgesellschaft und den Kommunen dafür einzusetzen, dass die Anzahl und die Bettenkapazität der Kliniken für Geriatric gesteigert werden. Zusätzlich muss der Facharzt für Geriatric zur Niederlassung als Facharzt eingeführt und auch die Zahl der niedergelassenen Fachärzte für Geriatric deutlich vermehrt werden. Zusätzlich sollen die Hausärzte eine Weiterbildung zum Teilgebiet ‚Geriatric‘ machen können.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text
14	Seniorenbeirat der Stadt Remscheid	Stärkere Berücksichtigung der Interessen der älteren Generation im öffentlich-rechtlichen Rundfunk	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand und die in den Rundfunkrat entsandten Personen, sich dafür einzusetzen, dass die Interessen und Probleme von Senior*innen im Programm stärker berücksichtigt werden. Dabei soll auf folgende Fragen/Aspekte deutlicher eingegangen werden: Freizeit für Senioren, Wohnungsprobleme, Störungen der Mobilität, Multimorbidität, ambulante und stationäre Pflegebedarfe, Altersarmut und dies zu normalen Sendezeiten.
15	Seniorenbeirat der Stadt Remscheid	Verbesserung der Umsetzung der Cannabis-Medizin	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber den Krankenkassen, dem Medizinischen Dienst und der medizinischen Fachwelt für die Durchführung von wissenschaftlichen Studien zur Verwendung von Cannabis bei den bisher zugelassenen Indikationen einzusetzen. Die Barrieren bei der therapeutischen Verwendung von Cannabis sollen vermindert und die Therapie effektiver werden.
16	Seniorenbeirat der Stadt Lübbecke	Zeitliche Voraussetzungen zum Erhalt der Ehrenamtskarte	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand der Landesseniorenvertretung, sich bei den zuständigen Ministerien dafür einzusetzen, dass bei mehrjährigen ehrenamtlichen Tätigkeiten (z. B. in Vorständen) die Ehrenamtskarte auch dann verliehen wird, wenn die geforderte wöchentliche oder jährliche Stundenzahl nicht nachgewiesen werden kann.
17	Forum Senioren Stadt Hamminkeln	Musikuntermalung bei Rundfunk- und Fernsehsendungen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, gegenüber den öffentlich-rechtlichen und den privaten Rundfunkanstalten darauf hinzuwirken, dass Informationssendungen ohne oder mit nur sehr dezenter Musikuntermalung angeboten werden. Alternativ könnten auf einem separaten Empfangskanal diese Sendung auch für Hörgeschädigte ohne Untermalung gesendet werden.
18	Seniorenbeirat der Gemeinde Kalletal	Renten Kürzung der Witwen/Witwer-Rente	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, gegenüber der Bundesregierung und den Parteien darauf hinzuwirken, dass die Freibeträge der Hinterbliebenenrente bei der Anrechnung des eigenen Einkommens erhöht werden, um Armut im Alter zu verhindern.
19	Seniorenbeirat der Stadt Lippstadt	Sitzbänke für Senioren	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung und den kommunalen Verbänden dafür einzusetzen, dass für die Aufstellung von Sitzgelegenheiten für Senioren verbindliche Vorgaben zur Sitzhöhe, Sitztiefe, zu Rücken- und Seitenlehne gemacht werden. <u>Der Antrag wurde abgelehnt.</u>
20	Seniorenvertretung der Stadt Emmerich	Barrierefreiheit an Bahnhöfen der DB	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Verkehrsverbänden und der Deutschen Bahn dafür einzusetzen, dass die Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr vorrangig und zügig umgesetzt wird und dabei besonders die sozialen Belange (barrierefreie Erreichung der Bahnsteige und Züge) bei der Priorisierung berücksichtigt werden.
21	Seniorenvertretung der Stadt Witten	Ein-Umsteigegehilfen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung, den Verkehrsverbänden und den Verkehrsunternehmen (evu) dafür einzusetzen, dass die Mobilitätshilfen für behinderte Menschen fortgesetzt und ausgebaut werden und über eine einheitliche Telefonnummer erreicht werden können.

Nr.	Antragsteller	Thema	Text
22	Seniorenvertretung der Stadt Witten	Notfallkonzept	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, in geeigneter Weise die Funktion der ICE-Funktion (in case of emergency) des Smartphones und ihre Bedeutung für den Notfall allen Smartphone-Nutzern näher zu bringen.
23 + 27	Seniorenrat der Stadt Bielefeld Seniorenbeirat der Stadt Moers	Wohin geht die Seniorenpolitik der Landesregierung?	Die Mitgliederversammlung der LSV stellt fest, dass durch die verschiedenen Maßnahmen der Landesregierung die altersgerechte Weiterentwicklung der Quartiere (Quartiersmanager) nicht mehr unterstützt wird. Auch die wissenschaftliche Forschung und die darauf basierende Beratung der Kommunen und der Organisationen im Seniorenbereich ist gefährdet (Institut für Gerontologie und ZWAR-Zentralstelle). Zusätzlich kann auch die Unterstützung der pflegenden Angehörigen durch individuelle Beratung und durch Unterstützung bei der Bildung von Selbsthilfegruppen – infolge Wegfall der dafür vorgesehenen Institutionen – nicht mehr erfolgen. Die Mitgliederversammlung bittet deshalb den Vorstand, gegenüber der Landesregierung auf diese Probleme und gefährlichen Entwicklungen hinzuweisen und auf erneute Förderung der o.g. Gebiete zu drängen.
24	Seniorenbeirat der Stadt Hürth	Abschaffung Straßenbaubeiträge	s. Antrag Nr. 6
25	Seniorenbeirat der Gemeinde Hille	Antrag zur Rückkehr zur flexiblen Belegung in Tageseinrichtungen	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich gegenüber der Landesregierung dafür einzusetzen, dass in Einrichtungen der Tagespflege die Platzzahl kurzfristig um 1 - 2 Nutzer überschritten werden kann, wenn innerhalb von 1 - 2 Monaten ein Ausgleich erfolgt (flexible Handhabung).
26	Seniorenbeirat der Stadt Büren	Sozialticket NRW	Die Mitgliederversammlung bittet den Vorstand, sich dafür einzusetzen, dass das Sozialticket NRW in seinem Bestand über 2020 hinaus gesichert wird und im Interesse der Hilfsbedürftigen weiterentwickelt wird. Dabei soll beachtet werden, dass der Preis des Sozialtickets nicht höher ist als der Regelsatz für ALG II-Empfänger, die unterschiedlichen Angebote der Verkehrsunternehmen und der Kreise vereinheitlicht werden und eine Stigmatisierung der Nutzer unterbleibt. Das Sozialticket soll Kreis-überschreitend gelten und am Wochenende auch die Mitnahme weiterer Personen (Erwachsene, Kinder) erlauben. Es soll nicht nur als Jahresabonnement, sondern auch als Monatsticket angeboten werden.
27	Seniorenbeirat der Stadt Moers	Zukunft der ZWAR Zentralstelle NRW	s. Antrag Nr. 23

Recklinghäuser Resolution

25. April 2019

Ehrenamt ermöglichen – Zuwendungsrecht vereinfachen!

Die Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung Nordrhein-Westfalen fordert, dass das Zuwendungsrecht entbürokratisiert und damit die inhaltlichen Ziele ehrenamtlicher Arbeit unterstützt werden.

Der dazu am 29. November 2018 beschlossene Antrag (Antrag vom 20.11.2018, Drucksache 17/4302) der Landtagsfraktionen von CDU und FDP mit dem Titel: „Zuwendungsrecht effektiv entbürokratisieren und vereinfachen – Kulturförderung als Pilotbereich“ wird unterstützt. Zugleich wird gefordert, diesen Beschluss auch auf die Förderbereiche in der Altenpolitik zu beziehen.

Richtig wird in dem beschlossenen Antrag festgestellt, dass das Zuwendungsrecht an vielen Stellen zu bürokratisch ist und dies einen unangemessenen, hohen Verwaltungsaufwand zur Folge hat. Dieser Aufwand zur Erfüllung von Verwaltungsvorschriften und weiterer Nebenbestimmungen bindet Kräfte, die nicht für die eigentliche, die inhaltliche Arbeit zur Verfügung stehen. Dies betrifft ehrenamtliche, landesgeförderte Projekte und Initiativen im altenpolitischen und sozialen Bereich ebenso, wie die im künstlerischen Bereich.

Die Prinzipien der Wirtschaftlichkeit und die zweckentsprechende Verwendung öffentlicher Mittel sind selbstverständlich sicher zu stellen. Allerdings sollen dazu rechtzeitige, ermöglichende Beratungen seitens der Prüfbehörden erfolgen.

Die Mitgliederversammlung warnt: Kommt es neben konkreten Vereinfachungen im Zuwendungsrecht zu keiner Haltung des Vertrauens gegenüber den ehrenamtlich Tätigen seitens der Prüfbehörden, wird es zunehmend schwerer, ehrenamtlich Tätige zu gewinnen. Es wird Zeit, dass die Politik handelt! Die Mitgliederversammlung der Landesseniorenvertretung NRW fordert:

Unterstützen Sie, dass ehrenamtliche Arbeit gefördert und nicht behindert wird, vereinfachen Sie das Zuwendungsrecht!